

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 48 (1993)
Heft: 4

Vorwort: Wir Biobauern wurden nicht gefragt : eine Stellungnahme zur Neuen Kleinbauerninitiative
Autor: Günthardt, Kaspar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir Biobauern wurden nicht gefragt

Eine Stellungnahme zur Neuen Kleinbauerninitiative

Wir als Biobauern und unsere Dachorganisation, die VSBLO, sind von den Urhebern der Initiative nicht um eine Stellungnahme angefragt worden. Während Volkswirtschaftler ohne grüne Ader und die Finanzpresse die Initiative als «Ei des Kolumbus» über den grünen Klee loben, warnt der Bauernverband vor dieser absurden Deregulierungsidee: Sie sei der Todesstoss einer leistungsorientierten, flächendeckenden Landwirtschaft.

Eine offizielle Stellungnahme der Biolandwirtschaft fehlt

Wo stehen wir Biobauern? Wer sich für die Biolandwirtschaft entschieden hat, nimmt das Heft in die eigenen Hände und hat einen sehr arbeitsreichen Weg gewählt. Für Öffentlichkeitsarbeit und Politik fehlt dann wohl oft die Zeit. Dies als Entschuldigung für unser Schweigen. Ich nehme nun jedoch an, dass die meisten Berufskolleginnen und -kollegen den Initiativtext einigermassen kennen, er betrifft uns ja sehr.

Hauptpunkt der Initiative

Wir erfüllen freiwillig die Anforderungen, die nach Initiative zwingend werden, um in den Genuss der flächengebundenen Direktzahlung von Fr. 3 000.–/ha, maximal Fr. 50 000.– pro Betrieb, zu kommen. Ausser Zöllen werden alle landwirtschaftlichen Schutzmassnahmen eliminiert. Wir stehen in Konkurrenz mit dem Welthandel.

Nach Initiativtext werden staatsrechtlich gesehen Bundesrat und Parlament und bei einem allfälligen Referendum das Volk die Zollansätze festlegen. Die Schweiz als klassisches Exportland wird jedoch faktisch die Zollansätze, die aus den Gattverhandlungen resultieren, auch für die importierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse akzeptieren. Wenn ein Positivpunkt des Gatt im Agrarsektor spielen soll und das Preisdumping der Agrarexportländer wegfällt, werden die Welthandelspreise eher ansteigen. Zwischen Welthandels- und EG-Preisen wird kein wesentlicher Unterschied mehr bestehen.

Ein Haupttrumpf der Initiative, die Eliminierung des Lebensmitteltourismus ins angrenzende Ausland geht für Denner und Co nur auf, wenn die Zölle klein sind.

Das Aus der Bioprämie

Die Ausgangslage ist klar: Die Preise für unsere selbst erzeugten Nahrungsmittel (alle Bio-Suisse) sinken auf das Weltmarktniveau von ca. 50% ab! Man rechne, ehe man verlumpe...

Es wäre irrig anzunehmen, für unsere Bioprodukte wäre ein besserer Preis (Bioprämie) zu erzielen. Wohl zwingt die Initiative die Schweizer Landwirtschaft zum biologischen Anbau, aber so wie sie die Konsumentinnen und Konsumenten mit preisgünstigen Angeboten ködert, lässt sie ihnen die Konsumfreiheit: Billig-Importware ohne vergleichbare ökologische und tierschützerische Vorschriften und schweizerische Bioerzeugnisse stehen als Extremfälle zur Auswahl. Ohne die Hochachtung von bewussten, solidarischen Biokonsumentinnen und -konsumenten zu vergessen, ist doch nüchtern festzustellen, dass kaum mehr als 10 bis 15% der Konsumentenschaft das «Bio» wichtiger finden als den günstigeren Preis.

Auch wenn der Selbstversorgungsgrad von derzeit über 60% dramatisch zusammenbricht, ist bei einem Bio-Überangebot eine Bioprämie futsch.

Ob gross oder klein – die Rechnung geht nicht auf

Hier ein kleines Münsterchen: Für 30 Tonnen Speisekartoffeln pro Hektare zu 20 Rp. je Kilogramm resultiert ein Rohertrag von Fr. 6 000.–. Dazu kommen maximal Fr. 3 000.– Direktzahlungen. Heute dürfen wir noch für den arbeitsreichen Kartoffelanbau mit einem Rohertrag von ca. Fr. 20 000.– je Hektare rechnen (Preis plus Bioprämie ca. 60 bis 70 Rp.).

Der gesamte Hackfrucht- (Zuckerrüben, Mais, Kartoffeln), Beeren- und Gemüseanbau wird total zum Erliegen kommen. Die Initianten als Nichtackerbauern haben wohl schlicht vergessen, dass im Biolandbau beträchtlich Mehrarbeit, v.a. bei der Unkrautregulierung, zu bewältigen ist.

Arbeit wird wegrationalisiert

An der Initiative beanstandete ich deshalb in erster Linie, dass sie in ihrer Undifferenziertheit die Wertschöpfung durch Arbeit nicht berücksichtigt. So steht sie heute völlig verkehrt in der politischen Landschaft mit den enormen Arbeitsplatzproblemen.

Als Feierabend-Hobbybauer auf 17 ha Schafe hüten, bringt einen Staatslohn von Fr. 50 000.–. Ein vielseitiger 7 ha-Vollerwerbsbiobauer mit marktgerechter Gemüseproduktion erhält eine staatliche Hilfe von Fr. 21 000.–! Die Kritik, dass wir uns als So-tun-als-ob-Landbewirtschaftler installieren müssen, ist nicht unangebracht. Ob die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dann bereit sein werden, die Negativleistung von uns Bewirtschaftungsminimalisten zu berappen, ist mehr als zweifelhaft.

Mängel zu gross, taktisches Argument verhält nicht

Wegen ihren grossen Mängeln ist die Initiative nicht einmal aus politisch-taktischen Gründen, um Druck zu machen auf eine ernsthaftere Verwirklichung von Art. 31b, unterstützungswürdig.

Weltgerechte, ökologische Landwirtschaft

Unseren Zielen treu bleibend, setzen wir uns ein für den naturverträglichen Biolandbau weltweit. Jedes Land/Region hat Anrecht auf einen Selbstversorgungsgrad, der bei ökologisch nachhaltiger Bewirtschaftung von den natürlichen Voraussetzungen her möglich ist. Eine Kulturlandschaft, durchsetzt mit einem gewissen Mass (5 bis 10%) an naturbelassenen Standorten, erfüllt das Ziel unseres multifunktionalen Leistungsauftrages.

Ökologisierung des Gatt

Dies ist sicher für das Überleben unseres Planeten wichtiger und muss in einer künftigen Wirtschaftsordnung mitberücksichtigt werden, d.h. das Gatt muss sich ökologisieren. Wir dürfen nicht eine den heutigen rein marktwirtschaftlichen Gatt-Intensionen willfährige Initiative unterstützen. Sie fördert den ausbeuterischen Umgang mit der Natur in den Agroidustrieländern und den Billiglohnländern der Dritten Welt und zwingt zum Brachlegen sinnvoll nutzbaren Kulturlandes in den gemässigten Klimazonen Europas.

Kaspar Günthardt, Dällikon